

handen. Der weitere Zuzug blieb aus, oder der Zuwanderer änderte seinen Beruf und wurde Handwerker. Doch blieben in mancher Familie, besonders in der Joseph-Vorstadt, die Erinnerungen an die einstige Heimat im westungarisch-burgenländischen Raume noch lange lebendig.

Die Haltung der westungarischen Bevölkerung zur Frage des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich¹

Von Walter D u j m o v i t s, Eisenstadt

Die Dimensionen Raum und Zeit bestimmen das historische Geschehen. Auch die Geschichte eines Volkes unterliegt in hervorragendem Ausmaße diesen beiden Einflüssen. Für den gegenständlichen Fall erhebt sich zunächst einmal die Frage, ob es ein geschlossenes burgenländisches Volk in dieser Zeit überhaupt gegeben hat. Es gab keine exakte Abgrenzung in politischer und ethnographischer Hinsicht. Kann man die Grenze gegen Innerungarn auch in völkischer Hinsicht nur verschwommen ausnehmen, so kommt noch der Umstand hinzu, daß der ganze Volksraum durch Jahrhunderte dem in sich politisch geschlossenen Reiche der Stephanskrone angehört hat. Die Grenze gegen Westen war zwar politisch fixiert, doch verbanden die Menschen hüben und drüben enge wirtschaftliche, sprachliche und verwandtschaftliche Beziehungen. Auch in horizontaler Schau fehlte dem Volke die Geschlossenheit. Über eine breite Volksschichte, die politisch und gesellschaftlich inaktiv, ja lethargisch war, lagerte eine dem Volke entfremdete magyarische und magyarisierte Herrenschichte. Ein deutschbewußtes Bürgertum, das auch im öffentlichen Leben führend tätig gewesen wäre, gab es nur in Ödenburg.

Wie kaum ein Land in Europa befand sich unser Gebiet im Schnittpunkt verschiedener nationaler und ideologischer Strömungen. Von Osten zog die Glorie eines nationalen Magyarentums auf mit seiner mystischen Auffassung von Nation und Königtum. Die obrigkeitlichen Stellen sahen sich als Vollstrecker göttlichen und königlichen Willens. Dieser Patriotismus wurde von einer bürgerlich-feudalistischen Gesellschaft getragen, die auch den Staatsapparat beherrschte. Von Westen, vor allem von der Steiermark, sickerte der deutsche Nationalismus, der Wollinger und seinen Kreis nährte.

Die Haupt- und Residenzstadt Wien besaß noch genügend Ausstrahlungskraft, um als Inbegriff der universalistischen Reichsidee Menschen unseres Raumes zu faszinieren. Auf anderer Ebene, aber auf demselben Weg kam auch der Marxismus in unser Land. Schließlich stellten die von den Nord- und Südslawen ausgehenden Strömungen die Basis späterer Korridorspekulationen dar.

Das bäuerliche Volk zog sich in die Geborgenheit dörflicher Abgeschlossenheit zurück, vielleicht aus der bewußten Erkenntnis, das Neue und Fremde bewältigen

1 Vortrag, gehalten am 3. 12. 1964 in der Landesforschungsstelle in Eisenstadt.

zu können. Alle, die den Lebenskreis des Dorfes verließen, sei es, weil sie den Wohnort wechselten oder eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Besserstellung erreichen wollten, gerieten in den Bannkreis dieser Strömungen und schieden dann in den folgenden bewegten Jahren aus dem Führungskreis unseres Volkes aus, ob sie nun deutsche oder slawische Nationalisten, Magyaronen, Marxisten oder Monarchisten waren. Nur der verkannte „büdös swáb“ in seinem Dorf blieb stabil und sicherte damit die Entwicklung und Eigenart unseres Volkes. Diese Rückständigkeit sowie das Fehlen von Städten als die Entwickler und Träger moderner Ideen waren schuld, daß unser Volk an den nationalen und sozialen Umwälzungen unseres Jahrhunderts eigentlich vorbeigegangen ist. Der große Umbruch, und zwar der soziologischen, vollzieht sich erst in unseren Tagen.

Nach dem verlorenen Krieg wurden 3 Millionen Deutschböhmen und Sudetendeutsche und eine weitere Viertelmillion Südtiroler, die jahrhundertlang im Verband der österreichischen Länder gelebt hatten, gewaltsam von diesen getrennt und fremden Nationalstaaten zugesprochen. Österreich hatte keine Chance, dies zu verhindern. Südkärnten konnte nach bewaffnetem Kampf und nicht minder schwerem Abstimmungskampf dem neuen Österreich erhalten werden. Es ist dagegen sehr bemerkenswert, daß die Friedenskonferenz von St. Germain, auf deren Entscheidung die österreichische Delegation nur wenig Einfluß hatte, beschloß, das Burgenland ohne Volksabstimmung der Republik Österreich zuzusprechen. Es scheint also, als wäre die Angliederung des Burgenlandes ein Ergebnis der diplomatischen Auseinandersetzung der Siegermächte und einzig und allein auf deren Machtspruch zurückzuführen. Noch nach der Unterzeichnung des Vertrages sagten führende österreichische Sozialdemokraten, sie würden das Burgenland nur dann angliedern, wenn sie das Votum der Bevölkerung dazu ermächtigte. Das Fehlen einer solchen Volksabstimmung bot dann in den folgenden Jahren zu verschiedenen Mutmaßungen Anlaß.

Die Frage: „Welche Haltung hat die westungarische Bevölkerung zur Anschlußfrage bezogen?“ beinhaltet zwar einen historischen Sachverhalt, scheint aber in ihrer Methode unhistorisch, weil wir bei ihrer Deutung den Boden historischer Realität verlassen und uns in den Bereich der Spekulation begeben. Die Frage selbst und die Suche nach der richtigen Antwort haben aber auch hinsichtlich der historischen Methode ihre Berechtigung, weil zu den Aufgaben der Geschichtswissenschaft auch die analytische Forschung und Interpretation gehören, somit auch die Aufgabe, nicht mehr zwingend Beweisbares zu interpretieren.

Ich habe im Zuge meiner Arbeit über die Angliederung des Burgenlandes an Österreich meine Aufmerksamkeit den Ereignissen im Lande und den Äußerungen seiner Bevölkerung zur Anschlußfrage besonderes Augenmerk geschenkt. Ich habe in den verschiedenen Dörfern des Landes Befragungen durchgeführt, deren Zahl in die Hunderte geht. Wenn man auch der Antwort des einzelnen keine große Beachtung schenken darf, so zeigt doch ihre Summierung, zusammen mit schriftlichen Quellen, bestimmte Verdichtungen, die den Schluß zulassen, daß innerhalb bestimmter Gemeinschaften einander ähnliche Haltungen vorlagen. Dazu kommen noch Raum und Zeit als die beiden wesentlichsten Faktoren. So gab es nicht nur in verschiedenen Landesteilen verschiedene Meinungen, auch der einzelne hatte im Laufe der Zeit oftmals seine Meinung korrigiert.

Der nun folgenden Analyse sei einiges Grundsätzliche vorangestellt:

1. Es existieren keinerlei schriftliche Dokumente über die Stimmung der westungarischen Bevölkerung zur fraglichen Zeit. Eine allgemeine Volksabstimmung, die ein Stimmungsbild gegeben hätte, hat nicht stattgefunden.

a) Die Abstimmung, die im Dezember 1921 in Ödenburg und den umliegenden Gemeinden durchgeführt wurde, war nicht korrekt, und ihr Ergebnis gibt das Wollen der Leute nicht in der richtigen Relation wieder. Die Abstimmung war gefälscht und ist als „Verbrechen von Ödenburg“ historisch geworden.

b) Befragungen und Unterschriftenaktionen, die von privaten Personen da und dort durchgeführt wurden, haben zweifelhaften Wert, weil meist nur jene Personen gefragt wurden, deren Zustimmung als sicher galt. Durch die mangelnde Beteiligung entstand dann oft ein vollkommen verzerrtes Bild. So haben sich von den 4.000 Einwohnern von Deutschkreuz nur 600 an der Aktion beteiligt, von diesen stimmten 400 für Ungarn, also $\frac{2}{3}$! Wenn man nun annimmt, daß bei dieser Wahl alle Ungarnfreunde erfaßt wurden, würde das Ergebnis 90:10 für Österreich lauten. Bei den meisten dieser Abstimmungen stimmte das Familienoberhaupt gleich im Namen aller seiner Familienmitglieder. Abstimmungen, die von Lehrern oder Bürgermeister durchgeföhrt wurden, standen im Schatten staatlicher Macht. So konnte es passieren, daß ein Ort für Österreich votierte, sich aber bald darauf mit ähnlichem Prozentsatz für den Verbleib bei Ungarn entschloß. Zweifelhaften Wert haben auch jene Erklärungen, die von den Bürgermeistern im Namen der gesamten Gemeinde abgegeben wurden.

c) Nach der endgültigen Besetzung des Burgenlandes wurde von einer interalliierten Kommission unter Beiziehung je eines österreichischen und ungarischen Vertreters die Festlegung der Ostgrenze im Detail vorgenommen. Dabei sollte zur Vermeidung wirtschaftlicher Härten auf Hotter- und Besitzgrenzen Rücksicht genommen werden. Entgegen dem Willen der Friedenskonferenz und später der Botschafterkonferenz in Paris stand auch die staatliche Zugehörigkeit einiger Grenzgemeinden zur Diskussion (Pamhagen, Rattersdorf, Prostrum u. a.). Die Arbeit der Kommission vollzog sich in der Regel so, daß sie an einem vorher der Bevölkerung mitgeteilten Tag in der Gemeinde erschien. Dann sprach sich die Gemeindevertretung für oder gegen Ungarn aus. Oft wurde die Wahl auch von der gesamten anwesenden Bevölkerung durch Akklamation vorgenommen.

2. Das Verhältnis des einzelnen zur Gemeinschaft, in diesem Falle sein Verhältnis zu einem bestimmten Volk, zu einem bestimmten Staat ist tief im Persönlichen begründet. Keine politische Partei, kein Stand, keine Konfession und Nationalität haben sich in ihrer Geschlossenheit eindeutig für oder gegen den Anschluß bekannt. Die Anschlußbewegung ging quer durch alle Parteien und Volksschichten.

a) Bei der Alternative Volksbewußtsein oder Staatsbewußtsein entscheidet der Charakter. Wie sehr die Forderung, sich zwischen diesen beiden Begriffen zu entscheiden, Verwirrung stiften kann, beweisen die 30er Jahre in Österreich, wo eine andere Anschlußfrage Entscheidung vom einzelnen forderte. Selbst Schuschnigg, der die Eigenstaatlichkeit über die Volksgemeinschaft stellte, erlag in seinem politischen Konzept schließlich der unheilvollen Verstrickung der beiden Begriffe. An

schlußfreunde, Anschlußgegner und Unentschlossene gab es innerhalb aller Volksschichten.

b) Daneben gab es das, was Steinacker als „schwebende Nationalität“ bezeichnet. In Ungarn lebten Deutsche, die durch Erziehung und Bildung zu begeisterten Anhängern des Magyarentums geworden waren, gleichzeitig aber mit ganzer Kraft der Erhaltung und Förderung des deutschen Volkstums hingegeben waren. Sie traten für die Unversehrtheit des Reiches der ungarischen Stephanskrone ein und wollten, wie sie es oft sagten, „gute Deutsche in Ungarn“ sein. Zu ihnen zählten Jakob Bleyer, Rudolf Brandsch, Edmund Steinacker u. a. Der ungarische Staat hat ihre Treue allerdings in den folgenden Jahrzehnten, spätestens nach dem Jahre 1945 mit Maßregelung, Kerker und Austreibung vergolten.

c) Für sehr viele war die Anschlußfrage keine politische Entscheidung, sondern stark von persönlichen Vorteilen bestimmt. Dabei war die Position, die der einzelne innerhalb der stark magyarisch ausgerichteten Gesellschaft in Westungarn einnahm, ebenso bedeutend wie familiäre Bindungen jenseits der Grenzen, nach Österreich oder nach Innerungarn. Sehr stark spielten auch wirtschaftliche Momente hinein. Händler und Geschäftsleute richteten ihre Meinung nach den durch die neue Grenzziehung günstigeren oder ungünstigeren geschäftlichen Möglichkeiten. Bauern und Gutsbesitzer nahmen Rücksicht auf ihre jenseits der Grenze liegenden Besitzungen.

3. Man hat den Burgenländern Vorhaltungen gemacht, sie hätten sich der Magyarisierung mit weniger Erfolg widersetzt, als es die Banater und Siebenbürger getan hätten. Dazu ist folgendes zu sagen: Die Deutschen Westungarns unterschieden sich in ihrer Struktur wesentlich von den anderen deutschen Volksgruppen in Ungarn, wie den Sachsen in Siebenbürgen oder den Schwaben im Banat. Die beiden letzteren stellten geschlossene Gruppen dar. Sie waren von fremdvölkischen Nachbarn umgeben, denen sie kulturell zumindest ebenbürtig, wirtschaftlich sicher überlegen waren. Das selbstbewußte Bürgertum in den Städten lebte im Bewußtsein einer kulturellen Sendung, den Siedlern auf dem flachen Lande blieb der Charakter der Wehrbauern durch die Jahrhunderte haften. Die inselhafte Situation ihres Volkstums und die permanente kulturelle und wirtschaftliche Auseinandersetzung mit ihren fremdvölkischen Nachbarn und die darin erreichten Erfolge stärkten ihr Selbstbewußtsein. Die Wohlhabenheit ermöglichte es, ihre Söhne an deutschen Universitäten studieren zu lassen und an den Ausbau des deutschen Schulwesens im Lande heranzugehen. Dadurch wurde eine gebildete, deutschbewußte Führungsschicht herangezogen. Dieser Umstand und die zentrale Lage ihrer Städte inmitten des deutschen Siedlungsgebietes, wo sie fremdvölkischen Einflüssen weniger ausgesetzt waren, bildeten die stärksten Stützen im Kampf um die Erhaltung des deutschen Volkstums in Siebenbürgen und im Banat.

Die Deutschen Westungarns bildeten dagegen in ihrer Gesamtheit keine geschlossene Gruppe. Ihre persönlichen und geschäftlichen Beziehungen bewegten sich in west-östlicher Richtung, im Gegensatz zu heute. So lagen dem Güssinger die Stadt Fürstenfeld in der Steiermark, sowie St. Gotthard und Körmend in Ungarn näher als die Schicksalsgemeinschaft mit den Deutschen des Wieselburger Komitates. Erst durch das autonome Bundesland und nicht zuletzt durch die doppelseitige Begrenzung, im Osten durch den Eisernen Vorhang und im Westen zeitweilig durch

eine Demarkationslinie, ließ bei allen Bewohnern des südlichen Landesteiles die Verbundenheit des Nordens mit dem Süden Gewißheit werden. Die Dinge liegen nicht anders, wenn man sie von Norden aus betrachtet. Im Gegensatz zu den beiden vorerst genannten deutschen Siedlungsgebieten lagen die größten Siedlungen Westungarns: Preßburg, Ödenburg, Güns, Steinamanger, Körmend, St. Gotthard hart an der Volkstumsgrenze und fielen als erste der Magyarisierung anheim, mit ihnen bedeutende politische, kulturelle und wirtschaftliche Zentren Westungarns. Zentral gelegene Orte wie Oberwart und Oberpullendorf waren seit langem magyarische Siedlungen, Eisenstadt und Güssing Sitze magyarischer Adelsgeschlechter.

Die soziale Stellung der westungarischen Bauern war eine andere als die der selbstbewußten, unabhängigen und wohlhabenden Bauern in Siebenbürgen. Ihnen fehlte jenes Überlegenheitsbewußtsein gegenüber den Magyaren, weil diese ja die gesellschaftliche Oberschicht darstellten. Das kroatische und deutsche Volkstum konnte sich am ehesten noch am Dorf erhalten. Die Abschirmung des bäuerlichen Lebenskreises und die Pflege von Mundart und Brauchtum waren Selbstschutzmaßnahmen gegen die drohende Magyarisierung.

Die Jugend, die in die Stadt ging, um ein Handwerk zu erlernen oder zu studieren, verfiel meist der vitalen Kraft und der Leidenschaftlichkeit des Magyarentums. Nur jene, die nach Wien zogen, konnten an ihrem Volkstum festhalten. Hier liegt auch eine der Ursachen, warum sich gerade in Wien Landsmannschaften bilden konnten, die dann in den entscheidenden Jahren nach dem Weltkrieg einen bedeutenden Beitrag zur Angliederung des Burgenlandes leisteten. Im Lande fehlte ja aus den angeführten Gründen ein starkes, um die Erhaltung seines Deutschtums ringendes Bürgertum. Es gab weder eine deutschwestungarische Studentenverbindung in Budapest, noch gelang es je einer deutschwestungarischen Partei, im ungarischen Reichstag Einzug zu halten.

Ich habe den Vergleich mit anderen Volksgruppen in Ungarn gebracht, um aufzuzeigen, wie ungünstig die Voraussetzungen für einen Widerstand gegen die Magyarisierung in Westungarn waren. Umso aner kennenswerter erscheinen nun die Bemühungen eines Wollinger, Wolf oder Meidlinger, die jahrelang unter diesen Bedingungen einen zähen und opferreichen Kampf für die Erhaltung ihres Volkstums in Westungarn führten.

Soweit die grundsätzlichen Feststellungen zu diesem Thema. Im folgenden soll nun die Haltung der Westungarn zur nationalen Frage in ihrem zeitlichen Ablauf beobachtet werden. Die ersten beiden Jahrzehnte unseres Jahrhunderts bringen einen oftmaligen Wechsel historischer Gegebenheiten: die lange Friedenszeit, der erste Weltkrieg, Zerfall des Vielvölkerstaates, Republik in Österreich, Kommunismus in Ungarn, Freischärler im Burgenland. Zeitweilig werden sie von einem gleichlaufenden Prozeß sozialer Umgestaltung begleitet und erfahren von diesem eine nicht unbedeutende Akzentuierung. Daraus folgt, daß die Bevölkerung Westungarns entsprechend dem Wechsel im geschichtlichen Ablauf ihre Haltung zur nationalen Frage korrigierte.

Bis zum Ende des Weltkrieges gab es kein Anschlußproblem. Wohl wurde in nationalen Kreisen in Wien über den Anschluß gesprochen, doch hatten diese Diskussionen eher akademischen Charakter. Eine Verwirklichung dieses Gedankens

schien höchst unwahrscheinlich und nur im Rahmen einer grundlegenden Neuordnung des Donaupraumes möglich. Die Magyaren hätten sich auch mit allen Mitteln gegen eine Angliederung ihres westlichen Grenzgebietes an die österreichische Reichshälfte gewehrt. Sie hätten so einen Präzedenzfall für die Wünsche der anderen Nationalitäten ihres Königreiches geschaffen. Der Kaiser, der durch ein Machtwort hätte entscheiden können, hätte sich seinerseits sehr gehütet, wegen der Verschiebung einer Binnengrenze den Haß der Ungarn von neuem zu entfachen. Das Jahr 1848 war noch nicht vergessen. Schließlich herrschte er über Österreich und Ungarn, und eine Angliederung westungarischer Gebiete hätte dem Staatsgedanken mehr geschadet als genützt.

Drei bedeutende Vorstöße in der westungarischen Frage wurden vor dem Weltkrieg auf publizistischem Gebiet unternommen. Im Jahre 1905 machte der Rumäne Popovici in seinem Buch „Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich“ den Vorschlag, die Donaumonarchie nach nationalen Gesichtspunkten in 16 Bundesstaaten aufzugliedern. Bei dieser Gelegenheit sollte Westungarn zu Deutschösterreich geschlagen werden.

Ein weit größeres Aufsehen erregte ein Artikel des Wiener Lehrers Josef Patry, der unter dem Titel „Westungarn zu Deutschösterreich“ am 17. Juni 1906 im „Alldeutschen Tagblatt“ erschien. Darin schlägt der Verfasser vor, Westungarn bis zur Raab im Austausch gegen Bosnien und Herzegowina von Ungarn zu erwerben. Der Artikel, der auch als Flugschrift verbreitet wurde, führte sogar zu einer Anfrage im ungarischen Reichstag. Es ist müßig zu erwähnen, daß die Magyaren auf diesen Tausch, der ihnen gegen den Verlust des fruchtbaren Westungarn unterentwickeltes Karstland eingebracht hätte, nie eingegangen wären.

Diese Schrift gab den Anstoß zur Gründung des „Vereines zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“, der im Jahre 1907 in Wien erfolgte. Der Vereinszweck geht schon aus dem Titel hervor; es sollten auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete Aktionen unternommen werden, um das in seiner Existenz bedrohte Deutschtum in Ungarn zu erhalten und zu stärken. Außerdem sollten die staatsrechtlichen Ansprüche der österreichischen Reichshälfte auf Westungarn untersucht werden. Als eine Ortsgruppe dieses Vereines gründete der aus Mönchhof stammende Thomas Polz im Jahre 1913 unter dem Namen „Deutsche Landsleute aus Ungarn“ den ersten Burgenländerverein auf Wiener Boden.

Die dritte, für unser Thema wichtigste publizistische Äußerung entstammt der Feder des aus Frauenkirchen stammenden Gregor Meidlinger. Er war Magistratsbeamter in Wien und Obmann-Stellvertreter des „Vereines zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“. Am 1. September 1906 schreibt er unter dem Titel „Der schnelle Beweis“ ein Feuilleton in der „Reichspost“. Darin heißt es wörtlich: „daß diese (Bevölkerung Westungarns) trotz oder gerade wegen der Magyarisierungsbestrebungen noch immer deutsch ist, deutsch fühlt und deutsch denkt und jederzeit bereit ist, die von höherer Staatsraison diktierte Aufrichtung von Grenzpfählen zwischen Österreich und Ungarn niederzureißen, um sich je eher, je lieber an Österreich anzuschließen, will ich nur nebenbei erwähnen.“

Nach dem Rumänen Popovici und dem Wiener Patry ist Meidlinger nicht nur der erste Burgenländer, der über den Anschluß schreibt, er ist überhaupt der erste, der ihn aus dem Willen der Bevölkerung herleitet, der also erstmals die Öffent-

lichkeit informierte, daß jenseits der Leitha Menschen leben, die fremdvölkischer Gewalt ausgeliefert sind und die von sich aus gewillt sind, sich je eher, je lieber Österreich anzuschließen.

Wir dürfen diesen Satz Meidlingers nicht überwerten, indem wir glauben, im Jahre 1906 hätte der Anschlußwille alle Deutschen Westungarns erfaßt. Die Mehrzahl von ihnen war zwar nicht ganz zufrieden, hatte sich aber im allgemeinen mit den Zuständen bereits abgefunden gehabt. Jedenfalls hatten nur wenige den Mut und die Möglichkeit nationaler und politischer Aktivität erfaßt. Das große Unbehagen setzte erst mit dem Apponyischen Schulgesetz des Jahres 1907 ein, das Magyarisch zur alleinigen Unterrichtssprache erklärte. Die Verdrängung der Muttersprache aus der Schulstube und damit die mangelnde Möglichkeit, ihr bescheidenes Bildungsniveau zu heben, haben die Deutschen und Kroaten Westungarns von allen Magyarisierungsmaßnahmen als die drückendste empfunden. Wenn Meidlinger aber vom Anschlußwillen spricht, so hat er in erster Linie das Wieselburger Komitat im Auge, das damals an der Spitze der deutsch-völkischen Bewegung stand und das Meidlinger als seine engere Heimat am besten kennen mußte.

Ich habe erwähnt, daß es in Wien eine Bewegung zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn gab. Der gleichnamige Verein hatte Zweigstellen in den Grenzorten Wiener Neustadt, Ebenfurth und Fürstenfeld, weitere in Hannover, Halle/Saale, Leipzig und Chikago, dem Zentrum der burgenländischen Auswanderer in den USA.

Im Gegensatz zu diesen Orten war die Volkstumsarbeit im Lande selbst eine ungleich schwierigere. Starke und mutige Persönlichkeiten, wie Wolf, Unger, Kugler und Wollinger sind schon lange vor dem Weltkrieg für die Rechte der Deutschen Westungarns eingetreten. Ihre Tätigkeit ging selten über den lokalen Bereich hinaus, ist jedenfalls nicht bis in das letzte Dorf gedrungen. Dies lag einerseits am starken Druck der Magyaren, die alle staatlichen Mittel für ihre Nationalisierungspolitik einsetzen konnten, andererseits an der gesellschaftlichen Struktur der westungarischen Bevölkerung. Das einfache Volk stand kulturell und sozial auf bescheidenem Niveau und verhielt sich gegenüber nationalen Dingen gleichgültig. Darüber schreibt der Historiker Otto Brunner: „Nie war im westungarischen Deutschtum das Bewußtsein wach, daß es ein Teil des deutschen Volkes als Ganzes sei, oder zumindest ein Teil des Deutschtums innerhalb der österr.-ungar. Monarchie.“ Dieser Gleichmut und sein Rückzug in die Geschlossenheit des Dorfes schützte zugleich das Volk vor den Einflüssen des Magyarischen.

Es ist bemerkenswert, daß es den nahezu 350.000 Deutschen Westungarns nicht gelungen ist, einen Vertreter in den ungarischen Reichstag zu bringen, dessen Programm die Stärkung des Deutschtums oder gar sein Anschluß an die österreichische Reichshälfte gewesen wäre. Auch das Bemühen einiger deutschbewußter Männer, eine eigene deutsche Partei in Westungarn zu gründen, als die geeignetste Basis und Organisation für eine Stärkung des Volkstums, blieb ohne Erfolg.

Die Siebenbürger Sachsen hatten sich in der „Sächsischen Volkspartei“ zusammengeschlossen, die auf dem „Sächsischen Volksprogramm“ des Jahres 1890 fußte. Es gelang ihr, 13 Abgeordnete in den Reichstag zu bringen. Die übrigen Deutschen Ungarns, vor allem jene in Westungarn und im Banat, gründeten im Jahre 1907

die „Ungarländisch Deutsche Volkspartei“. Ihr geistiger Lenker war Edmund Steinacker, der Leiter der Partei für Westungarn Karl Wollinger. Alle 6 Kandidaten, die für die Reichstagswahlen des Jahres 1910 aufgestellt wurden, sind jedoch durchgefallen.

Hier ist es nötig, sich die damaligen Zustände vor Augen zu halten. Es war nicht die freie, persönliche Meinung, die die Wahl bestimmte, sondern die mittelbare oder unmittelbare Abhängigkeit von der magyarischen Gesellschaft und eine bestimmte Resignation. Das Volk glaubte nicht daran, daß durch eine Wahl sein Los gebessert werden könne. Ungarn war damals ein feudaler und alles andere als demokratischer Staat. Vielen Leuten konnte man noch einreden, daß es gottgewollte Ordnung sei, wenn es Herren und Bauern gäbe, daß man nur Magyaren und magyarophile Konvertiten zur Herrschichte rechnete, lag auf der Hand.

Im Jahre 1913 bot sich noch eine Chance, als man den Westungarn 7 Mandate anbot, wenn sie der Ungarischen Arbeiterpartei beitreten. Da die Westungarn ablehnten, blieben sie ohne Vertretung im ungarischen Reichstag.

Wollinger und seine Mitkämpfer im Norden waren nun bemüht, durch Hebung des Bildungsniveaus das Selbstbewußtsein ihrer Landsleute und damit die Abwehr gegen die Magyarisierung zu stärken. In den Jahren 1908 und 1909 wurde in Heiligenkreuz, Poppendorf und St. Margarethen die deutsche Protokollsprache wieder eingeführt. 1912 gründete Wollinger im südlichen Burgenland den „West-eisenburger Volksbildungsverein“, dem der „Eisenburger Volks- und Fortbildungsverein“ folgte. Ihr Organ war der „Weckruf“. Doch haben beide Vereine ihre Tätigkeit nach 3 Monaten wieder eingestellt. So aner kennenswert die Bemühungen dieser Männer auch waren, den Prozeß der Magyarisierung in Westungarn hätten sie bei gleichbleibenden politischen und sozialen Verhältnissen nicht aufzuhalten vermocht.

Erst das Ende des Weltkrieges mit seinen revolutionären Veränderungen auf allen Gebieten gab den Anstoß zur nationalen Selbstbesinnung und vor allem einer Angliederung an Österreich. Ich habe schon erwähnt, daß bei den dynastischen, politischen und nationalen Gegebenheiten im alten Reiche ein Anschluß nur im Rahmen einer grundlegenden Neuordnung des Donaumaumes möglich gewesen wäre. Dieser Zeitpunkt war nun eingetreten. Bereits das kaiserliche Manifest vom 17. Oktober 1918 eröffnete den Völkern der Monarchie die Möglichkeit selbständiger nationaler Entwicklung. Die Magyaren, die sich seit 1867 jeder vernünftigen Neuordnung des multinationalen Reiches widersetzt hatten, versagten auch diesem Manifest die Zustimmung. So hatte der Kampf der Magyaren gegen Österreich nach 400 Jahren mit einem Eintagsstieg der Magyaren geendet. Doch das Kriegsende zwei Wochen später ließ ihr Reich, ebenso wie die österreichische Hälfte, in vier Teile zerfallen.

Auf die Bevölkerung Westungarns wirkten diese Ereignisse wie ein Erwachen nach langem Dämmer schlaf. Viele ihrer Söhne hatten im Kriege den Nationalismus anderer Völker kennengelernt und hatten in ihren Einheiten mit den Deutschen aus anderen Kronländern gedient. Das Recht auf Selbstbestimmung wirkte auf die Deutschen und Kroaten nicht weniger zündend als auf die anderen Völker Europas. Dazu kam das Bewußtsein, daß die Leitha-Lafnitz-Grenze nun zu einer Staatsgrenze geworden war. Die Verbundenheit mit den Deutschen Österreichs hatte man nie so

stark empfunden, wie gerade jetzt. Die nationale Bewegung im Herbst 1918 war spontan und allgemein. Sie ging parallel mit der Hoffnung auf Demokratie und soziale Besserstellung.

Zur Verwirklichung nationaler Wünsche entstanden in diesen Wochen ungarländisch-deutsche Vereinigungen, die von den ungarischen Behörden vielfach gefördert wurden, um sie unter Kontrolle zu halten. Am 10. November 1918 erfolgte die Gründung des „Deutschen Volksrates für Ungarn“ unter Teilnahme sämtlicher deutscher Vereinigungen. Dieser verlangte für die deutsche Bevölkerung Ungarns die Gewährung einer Kulturautonomie unter gleichzeitiger Erhaltung der Unversehrtheit des ungarischen Vaterlandes. Am selben Tage wurde als Landesgruppe der „Deutsche Volksrat für Westungarn“ gegründet, der unter der Leitung von Géza Zsombor stand. Ihm schlossen sich in den folgenden Wochen 209 Gemeinden aus Westungarn an. Ein eigener kroatischer Volksrat konnte sich nicht durchsetzen. Wo ein solcher entstand (Stinkenbrunn, Trausdorf), schloß er sich der deutschen Sache an.

Der nördliche Landesteil, dessen Sprecher Magister Wolf und Rechtsanwalt Dr. Amon, beide aus Neusiedl/See, waren, trat für die Errichtung einer Autonomie ein. Dies geschah einerseits aus taktischen Gründen, weil man durch die Forderung nach bedingungslosem Anschluß die Magyaren nicht in eine unnachgiebige Haltung drängen wollte, andererseits wollte man durch einen Abfall von Ungarn die in diesem Lande verbleibenden deutschen Volksgruppen nicht noch mehr schwächen. Nach dem Wegfall der Siebenbürger, Banater und Zipser hatte sich nur mehr eine kleine deutsche Minderheit in Ungarn erhalten, wenn man von den Deutschen Westungarns absieht. Man darf nicht behaupten, daß die Anhänger der Autonomie schlechte Deutsche gewesen wären. Abgesehen von den beiden angeführten Gründen gab es noch das eingangs erwähnte „schwebende Volkstum“ und die Verwirrung, die die beiden Begriffe Volk und Staat in den Herzen vieler aufrechter Deutscher stifteten. Betrachten Sie die Situation der burgenländischen Kroaten von heute! Es sind nicht die schlechtesten, die sich zum Vaterland bekennen und „gute Kroaten in Österreich“ sein wollen.

Im südlichen Landesteil trat Wollinger sofort und entschieden für einen Anschluß an die Steiermark ein. Selbst die Autonomie innerhalb Österreichs, das heißt ein selbständiges Bundesland, lehnte er ab.

Die Burgenländer in Wien waren Anhänger des Anschlußgedankens und forderten Selbstverwaltung innerhalb der österreichischen Republik.

Nichts zeigt deutlicher die Uneinheitlichkeit im Wollen und in der Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes als der Umstand, daß Anfang Dezember 1918 innerhalb einer Woche Wollinger in Eltendorf den Anschluß, Wolf in Neusiedl Autonomie forderte, während in Mattersburg die Republik Heizenland ausgerufen wurde, die, vorübergehend selbständig, sich dann Österreich anschließen sollte.

Die mangelnde Bereitwilligkeit der Magyaren, die Autonomie den Westungarn zu gewähren, und die Erlebnisse während der Kommunistenherrschaft des Jahres 1919 ließen auch die Autonomisten zu Anhängern des Anschlusses werden.

Wenn man den zeitlichen Wandel der Anschlußstimmung weiter verfolgt, so

ist im Jahre 1920 und in der ersten Hälfte des folgenden Jahres ein Nachlassen in der Agitation festzustellen. Dies kann folgend begründet werden: Die Angliederung schien durch die Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages im September 1919 staatsrechtlich gesichert. Nach dem kommunistischen Intermezzo herrschten in Ungarn wieder geordnete Verhältnisse, während in Österreich Ernährungs- und Inflation den jungen Staat erschütterten, einen Staat, an dessen Zukunft nur wenige glaubten und der als nicht lebensfähig galt. Zudem regierten in Wien Sozialdemokraten mit starken Linkstendenzen, die den geflüchteten ungarischen Kommunisten Asyl gewährten. Diese Umstände ließen manchen Bürgerlichen den Anschluß zu diesem Zeitpunkt und unter diesen Verhältnissen nicht gerade wünschenswert erscheinen. Die Schrecken der Freischärlerschaft führten Zweifler und Gleichgültige wieder in das Lager der Anschlußfreunde. Die darauffolgende Landnahme im Jahre 1921 wurde von der überwiegenden Mehrheit der Burgenländer begrüßt.

Haben wir bisher die Geschehnisse in ihrem zeitlichen Ablauf betrachtet, so wollen wir jetzt untersuchen, wie weit lokale Gegebenheiten die Anschlußstimmung beeinflussten. Das Burgenland war vor 1921 nie eine administrative Einheit gewesen. Die West-Ost Tendenzen waren stärker als das Zusammengehörigkeitsbewußtsein der Deutschen aus den nördlichen und südlichen Komitaten. Wesentlich war es auch, wie weit steirische und ungarische Grenzstädte als zentrale Orte den burgenländischen Raum beeinflussten, ob z. B. Hartberg einen weiteren Strahlungsbereich hatte als Güns.

Schon bei oberflächlicher Betrachtung erscheinen der heutige Jennersdorfer Bezirk und das Gebiet um den Neusiedler See als Zentren deutschvölkischer Bewegung. Der Kopf der Anschlußbewegung im Raab- und Lafnitztal war der schon oft erwähnte Mühlenbesitzer Karl Wollinger aus Heiligenkreuz, der diese sehr autokratisch beherrschte. Keiner der Mitarbeiter reichte an seine Persönlichkeit heran. Daneben erklären noch folgende Umstände die starken Gefühle für Österreich: Der heutige Bezirk Jennersdorf ist der einzige im Lande, der weder eine kroatische noch eine ungarische Minderheit besitzt. Das breite Lafnitztal öffnet sich einladend nach der Steiermark, wo am anderen Ufer die Fabriksorte Fürstenfeld, Burgau und Neudau liegen, die schon damals einen Großteil ihrer Arbeiter aus Westungarn beschäftigten. In evangelischen Orten, wie Eltendorf, Deutsch-Kaltenbrunn, usw. erfuhr die Anschlußstimmung durch die seit jeher deutschfreundliche Haltung der Protestanten eine weitere Verstärkung.

Im Gegensatz zu den offenen Tallandschaften der Raab und Lafnitz war die Riedellandschaft zwischen den beiden Tälern den steirischen Einflüssen und der Propaganda Wollingers weniger zugänglich. Das erklärt auch, warum diese Dörfer (Grieselstein, Henndorf) nicht auf der Liste jener 40 Gemeinden standen, in deren Namen Wollinger am 15. Dezember 1918 den Anschluß forderte.

Um den Neusiedler See war die Anschlußstimmung ebenfalls sehr stark, war aber nicht wie im Süden auf einen Mann zugeschnitten. Nicht nur, daß hier der Autonomiegedanke noch Monate nach Kriegsende verfochten wurde, scheinen hier auch früher als anderswo parteipolitische Aspekte auf. Männer wie Wolf, Amon, Suchard, Thullner, Till, Leser usw. verbanden letztlich ihr Volkstum und ihr gemeinsames Ziel.

Die nationale Bewegung im Norden wurde von einer demokratischen Strömung begleitet, mit deutlicher Spitze gegen den Feudalismus und die magyarische Gesellschaft. Durch die in Wien und Wiener Neustadt beschäftigten burgenländischen Arbeiter, die aus begreiflichen Gründen die Angliederung an Österreich wünschten, war die Anschlußbewegung im Eisenstädter und Mattersburger Bezirk, bis südlich des Siegrabener Sattels, stark sozialdemokratisch bestimmt. Bei den Weinbauern östlich des Sees überwog das deutschnationale Element.

Ödenburg war das Zentrum der autonomen Bestrebungen. Hier, wo es noch ein starkes deutsches Bürgertum gab, deutsche Akademiker, Professoren, Redakteure, wurden die brennenden nationalen Probleme in akademischen und journalistischen Bereichen diskutiert. Ein Großteil der Bürger zählte sich zur schwebenden Nationalität und wollten, wie Bürgermeister Thurner, als gute Deutsche dem Vaterland die Treue halten. Die Geschäftsleute sowie die Bewohner am Stadtrand (Bohnenzüchter) und in den umliegenden Dörfern haben im Jahre 1921 trotz gewaltigen Druckes und trotz unkorrekter Durchführung der Volksabstimmung ein deutliches Zeichen ihres Anschlußwillens gegeben.

Sarah Wambaugh, die Verfasserin des zweibändigen Werkes: „Plebiszites since the World War“ 1933, hat bei allen Abstimmungen nach dem Weltkrieg folgende Gemeinsamkeit festgestellt: Die Landbevölkerung wählte meist das Land ihrer Muttersprache, wenn auch nicht in dem Prozentsatz, wie es das ethnische Verhältnis vermuten ließe. Die Stadtbevölkerung stimmte meist für den Verbleib beim bisherigen Vaterland. So war es in Oberschlesien, Ostpreußen, Südkärnten und auch in Ödenburg. Wir können heute nicht feststellen, wie eine korrekt durchgeführte Abstimmung in Ödenburg ausgegangen wäre, wir können nur festhalten, daß diese illegal war, die Magyaren alle Vorteile auf ihrer Seite hatten, somit das Ergebnis stark zugunsten Ungarns verschoben wurde.

Im mittleren Burgenland, zwischen Oberpullendorf und Oberwart, war die Anschlußbewegung weniger bedeutend. Die Gründe sind folgende: Die beiden Hauptorte, Oberpullendorf und Oberwart, hatten starken magyarischen Bevölkerungsanteil. Die Beziehungen nach ungarischen Grenzorten (Güns, Steinamanger) waren enger als die österreichischen (Aspang, Friedberg), wozu nicht zuletzt geographische Gegebenheiten, die Barriere des Bernsteiner Gebirges gegen Westen und die offene Lage des Oberpullendorfer Beckens und des oberen Pinkatales gegen Osten, den Ausschlag gaben. Die Industriebetriebe von Pinkafeld und Rechnitz waren vom ungarischen Markt abhängig. Es lag im Sinne der Magyarisierungspolitik, die Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich so weit wie möglich zu unterbinden. So wurde stets darauf Bedacht genommen, daß beim Bau neuer Bahnlinien der Anschluß an das österreichische Bahnnetz unterblieb (Pinkafeld, Güssing).

Starke Gefühle für Österreich hegten die Gemeinden hart an der Volkstunsgrenze, wie die des unteren Pinkatales, um Lockenhaus und Ödenburg. Das gleiche gilt für Lutzmannsburg und Deutschkreutz, wobei der inselhafte Charakter dieser deutschen Siedlungen inmitten des kroatischen und magyarischen Sprachgebietes die österreichfreundliche Haltung noch verstärkt hatte. Luising war die einzige Gemeinde, der es 1923 im Rahmen örtlicher Grenzkorrekturen gelang, nach Österreich zu kommen, während viele deutsche und kroatische Grenzgemeinden, die schon bei Österreich waren, wieder dem ungarischen Staat rückgegliedert wurden. Dazu

gehören: Prostrum, Perna, Ober- und Unterschilding, Groß- und Kleinnahring, Bleigraben u. a.

Die im Lande lebenden Kroaten kann man in ihrer Haltung und Struktur in zwei Gruppen teilen. Die nördliche Gruppe ist wegen ihrer Wanderarbeiter großstädtischen Einflüssen ausgesetzt. Sehr früh bildete sich hier ein bestimmtes Klassenbewußtsein mit antifeudalistischen und demokratischen Zügen. Die Kroaten des mittleren und vor allem südlichen Landesteiles sind dagegen konservativ. Sie standen sowohl zum Deutschtum als auch zum magyarischen Magnatentum in gutem Verhältnis. In der Anschlußfrage haben sie sich wenig exponiert. Ihre Haltung bewegte sich zwischen österreichfreundlich und indifferent. Da die meisten von ihnen Händler oder Arbeiter auf den Gutshöfen Niederösterreichs oder Innerungarns waren, richteten sie ihre Haltung stark nach diesen Aspekten. Die Kroaten nahe der österreichischen Grenze und jene, die mit dem Wiener Markt in Beziehung standen, waren österreichfreundlich. Dagegen haben sich die kroatischen Orte im unteren Pinkatal, Kroatisch-Schützen und Prostrum, für eine Rückkehr nach Ungarn ausgesprochen. Die meisten ihrer Bewohner waren im Sommer als Erntearbeiter auf ungarischen Gutshöfen beschäftigt. Einige kroatische Intellektuelle wünschten auch die Verwirklichung des slawischen Korridors, der unter Einschluß des burgenländischen Raumes die Tschechoslowakei mit Jugoslawien verbinden sollte.

Von den magyarischen Siedlungen wurden nur fünf, Oberwart, Unterwart, Siget und Ober- und Mitterpullendorf Österreich angeschlossen, während über 30 deutsche Siedlungen bei Ungarn verblieben; dazu kommen noch jene, die Jugoslawien und der Tschechoslowakei zugesprochen wurden.

Wenn man die Haltung der politischen Parteien einer näheren Betrachtung unterzieht, so kommt man über die Feststellung nicht hinweg, daß die Großdeutschen die einzigen waren, die unabhängig vom Wechsel politischer Konstellationen in Mitteleuropa ihren vorgezeichneten Weg beschritten. Vor dem Weltkrieg war ihr Ziel die Erhaltung des Deutschtums in Ungarn bei weitestmöglicher Selbstverwaltung, nachher die Angliederung an Deutsch-Österreich. Dabei sollte dieser Anschluß nur der erste Schritt sein. Ihr Hauptziel war die Angliederung des um das Burgenland vergrößerten Österreichs an Deutschland. Genau so steht es auf der letzten Seite des Burgenländischen Lesebuches für Volksschulen in den 30er Jahren. Wenn die Großdeutschen im Burgenland auch nie eine Massenpartei gewesen sind, in der Führerschichte der Anschlußbewegung waren sie hervorragend vertreten.

Die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten haben nur zu Beginn und gegen Ende der Kampfjahre, im Herbst 1918 und in der zweiten Hälfte des Jahres 1921, mit gleicher Intensität die Anschlußbewegung unterstützt. In der Zwischenzeit war ihre Haltung stark von den politischen Verhältnissen in Ungarn bestimmt. So geschah es, daß während der kommunistischen Herrschaft die Christlichsozialen in Österreich eine starke Aktivität entwickelten, der Sozialdemokrat Otto Bauer aber meinte, man könne doch einen im Aufbau befindlichen sozialistischen Staat nicht in den Rücken fallen. Die Sozialdemokraten strebten also zu dieser Zeit, mit Rücksicht auf Béla Kun, nicht mit vollem Einsatz den Anschluß an. Die Haltungen wurden ins Gegenteil gekehrt, als Horthy die Kommunisten und Sozialdemokraten entmachtete und König Karl zweimal vergeblich die Restauration in Ungarn versuchte. In dieser Zeit waren es die Sozialdemokraten, die mit moralischer Unterstützung

der Tscheen und aus ihrer antidynastischen Grundhaltung heraus das System in Ungarn bekämpften und dieses durch die Abtrennung Westungarns zu schwächen gedachten. Gleichzeitig bezeichnete der katholische Publizist Dr. Funder das Burgenland als einen Bissen, den die Entente Österreich gewaltsam in den Mund stecke. Wolle Österreich nicht daran ersticken, so müsse es ihn hinunterschlingen. Der monarchistische Flügel der Christlichsozialen war nie ein Freund des Anschlusses.

Was die Frage einer Volksabstimmung im Burgenland betrifft, so wurde diese von den Großdeutschen abgelehnt, weil der deutsche Charakter des Landes eindeutig für Österreich spricht. Die Sozialdemokraten waren für eine Abstimmung, die Christlichsozialen wollten die Entscheidung der Entente überlassen.

Im allgemeinen haben die Kursänderungen der Parteizentralen nur schwachen Einfluß auf die Meinung der Westungarn ausgeübt. Wer im Lande den Anschluß wünschte, der hielt daran fest, auch wenn es dem augenblicklichen Interesse seiner Partei widersprach.

Ich habe Ihnen nun einige wichtige Gesichtspunkte aufgezählt, von denen die Meinungsbildung im Lande abhängig war. Ich habe auch Stimmungsschwankungen festgestellt und sie zu deuten versucht. Ich habe auf die Verstrickung von Volkstum und Staat hingewiesen, auf ein Problem, das wir bis 1945 nicht zu lösen imstande waren. Im Jahre 1921 erwarteten wir vom guten Burgenländer sein primäres Bekenntnis zum Volk, 1938 sein Bekenntnis zum Staat. Wenn man sich dies vor Augen hält, wird man mit jenen nicht so streng ins Gericht gehen, die vor 40 Jahren nicht eindeutig im Lager Österreichs standen.

Nicht das Blut, die Erziehung formt den Charakter! Vergessen wir nicht, daß den Gegnern alle staatlichen Machtmittel zur Verfügung standen, bei vielen Anschlußfreunden, die oft als Landesverräter und Eidbrüchige hingestellt wurden, die Besorgnis überwog, sie würden nach einem eventuellen Mißlingen ihrer Bemühungen ihr Bekenntnis zu Österreich mit Existenzverlust und Kerker zu bezahlen haben. Um wieviel mehr ist so der Mut jener zu bewerten, die sich über diese Bedenken hinwegsetzten und sich offen zu Österreich bekannten!

Die Anschlußbewegungen waren nie eine Massenbewegung im modernen Sinne. Sie traten selten lautsark auf, wirkten mehr im kleinen, aber dafür umso bestimmter. Ihr Fundament war der Widerstand gegen die gewaltsame Magyarisierung, vor allem die des Schulwesens. Die revolutionären Ereignisse des Jahres 1918 und die Proklamierung des Selbstbestimmungsrechtes führten zu einem starken Bewußtwerden des gemeinsamen Volkstums diesseits und jenseits von Leitha und Lafnitz.

Das Verhalten der Burgenländer zur Anschlußfrage, das dem Unbehagen unter der magyarischen Herrschaft entsprang, wird immer mehr zu einem festen Wollen und letzten Endes zu einem eindeutigen Bekenntnis zu Österreich..

Ein burgenländisches Dokument der tschechischen Barockliteratur

Von Andreas A n g y a l, Debrezin

Im Schloß zu Diviaky in der Mittelslowakei, im Turzer Becken, das jetzt verschiedene Sammlungen der Matica slovenská beherbergt, fanden wir während eines Forschungsaufenthaltes im Sommer 1964 ein beachtenswertes Dokument der tsche-

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Burgenländische Heimatblätter](#)

Jahr/Year: 1965

Band/Volume: [27](#)

Autor(en)/Author(s): Dujmovits Walter

Artikel/Article: [Die Haltung der westungarischen Bevölkerung zur Frage des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich 57-69](#)